

Ins Unvermeidliche gefügt? Amerikaner, Iraner und Deutsche driften in den Kalten Krieg

Obwohl Amerikaner, Iraner und Deutsche auf dem internationalen Parkett von jeher in verschiedenen Klassen spielten, kam es zum Ausgang des Zweiten Weltkrieges und unmittelbar danach zu Interaktionen, die dem Abdriften in den Kalten Krieg und der damit verbundenen bipolaren Frontenbildung Vorschub leisteten. Die entscheidenden Impulse und Weichenstellungen dazu gab es allerdings auf horizontaler Ebene durch die führenden Mächte der Anti-Hitler-Koalition selbst, die beim Suchen nach einer neuen Weltordnung bei allen guten Ansätzen nicht davon loskamen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Eigennutz über das propagierte Gemeinwohl zu stellen.

Wehe den Besiegten

Noch am 25. August 1941, als sowjetische und britische Truppen in abgestimmter Aktion über die iranischen Grenzen vordrangen, also Iran als neutrales Land unter fadenscheinigem Vorwand okkupierten, appellierte Reza Schah an Präsident Roosevelt, er möge sich in Moskau und London für eine umgehende Einstellung der Feindseligkeiten verwenden. Irans Botschafter in den USA, Mohammad Shayesteh, brachte gegenüber Außenminister Hull dahingehend sogar die Atlantik-Charta ins Spiel.¹ Präsident Roosevelts Antwort kam am 2. September 1941. Sie bestätigte aber nur das, was Reza Schah und seine Vertrauten schon am 30. August 1941 begreifen mussten: Die USA würden nicht zugunsten Irans in dessen Konflikt mit Großbritannien und der Sowjetunion Partei ergreifen, geschweige denn intervenieren.² Keine Spur mehr von amerikanischer Solidarität, wie sie noch gegenüber Finnland im Winterkrieg 1939-1940 zutage getreten war.

Auch die Entsendung des *US Persian Gulf Command* – etwa 30.000 Mann, denen primär die Abwicklung der „Lend-Lease“-Transporte durch iranisches Gebiet in Richtung Sowjetunion oblag – wurde in Iran mit recht gemischten Gefühlen aufgenommen. Nicht, dass Amerikaner

1 F. Eshraghi, The immediate aftermath of Anglo-Soviet occupation of Iran in August 1941, in: *Middle Eastern Studies*, 20 (July 1984) 3, S. 343.

2 Ebenda, S. 343.

in jener Zeit nicht gern gesehen gewesen wären. Was auf iranische Seite für Unmut sorgte, war vielmehr die Art, wie diese Präsenz zustande kam. Am 29. Januar 1942 hatten die Sowjetunion und Großbritannien mit Iran ein Bündnisabkommen geschlossen, dass auch die Anwesenheit ihrer Truppen auf iranischem Boden legalisierte. Diesem Abkommen schlossen sich die USA im August 1942 faktisch an.³ Einige Monate zuvor, am 10. März 1942, war Iran selbst für wert befunden worden, „Lend-Lease“-Hilfe zu erhalten.⁴ Allerdings hielt man es in Washington offenbar nicht für nötig, in Bezug auf die Entsendung des *US Persian Gulf Command* bei iranischen Stellen anzufragen. Die „Einladung“ der britischen Besatzer genügte hier vollauf.

Mochte es anfangs auch so ausgesehen haben, als wollten sich die USA bezüglich Irans mehr im Hintergrund halten und mit einer eher passiven Rolle nebst entsprechenden ad-hoc-Entscheidungen begnügen, ab 1943 konnte davon nicht mehr die Rede sein. Hauptsächlich geschuldet war das der bei amerikanischen Regierungs- und Militärstellen grassierenden Erdölgier. Außenminister Hull betonte 1943, dass es im Interesse Amerikas liege, wenn keine andere Großmacht am Persischen Golf gegenüber den in amerikanischer Hand befindlichen saudi-arabischen Erdölvorkommen präsent sein würde.⁵ Begünstigt wurde diese Hinwendung zu verstärktem Engagement zudem noch durch innenpolitische Entwicklungen in Iran selbst.

Thronwechsel und Erdöl

Nach der erzwungenen Abdankung Reza Schahs und der Inthronisierung seines 21 Jahre alten Sohnes Mohammad Reza Pahlawi am 17. September 1941, brach sich in Iran ein Prozess der Demokratisierung langsam Bahn. Der durch die alliierte Invasion massiv beschleunigte wirtschaftliche Niedergang des Landes und der damit wachsende soziale Unmut in weiten Teilen der Bevölkerung ließen daraus jedoch keinerlei politische Stabilität erwachsen. Die drei politischen Hauptgruppierungen (Monarchisten, Nationalisten und Islamisten) waren in viele Fraktionen zersplittert, die mit- und untereinander teils erbitterte Grabenkämpfe austrugen. Bei Briten, Sowjets und Amerikanern um Sympathie werben, um zusätzlichen Rückhalt zu bekommen, war darin inbegriffen.

Allerdings schieden sich schnell die Geister, wenn es allzu offen um Kollaboration im Dienste und zum Wohle fremder Mächte ging. Vor

3 Keesing's Archiv der Gegenwart, 15 (1945), S. 242.

4 J. A. Bill, *The eagle and the lion, the tragedy of American-Iranian relations*, New Haven 1988, S. 18.

5 B. R. Kuniholm, *The origins of the cold war in the Near East*, Princeton 1980, S. 160.

allem im Lager der Monarchisten, wo das parlamentarische Treiben ziemlich argwöhnisch betrachtet wurde, schien man besonders erpicht, die USA für die eigenen machtpolitischen Belange zu interessieren und zu involvieren. Zu Grunde lag dem das „positive Gleichgewicht“ – eine politische Denkart, wonach die USA gleichsam als dritte Kraft in die Rolle schlüpfen sollte, die vor der alliierten Invasion eigentlich Deutschland innegehabt hatte, um Briten und Sowjets auszubalancieren und an übermäßiger Einflussnahme nebst Druckausübung zu hindern. Bereits 1942 kamen auf offizielle iranische Ersuchen hin zwei amerikanische Militärmissionen unter General Ridley (für die Armee) und Oberst Schwartzkopf (für die Gendarmerie) ins Land. Überdies wurde Dr. Millspaugh erneut zum Berater bei der Reorganisation der Staatsfinanzen berufen.⁶

Auch im Lager der Nationalisten schien man einem verstärkten amerikanischen Engagement gegenüber keineswegs abgeneigt zu sein. Immerhin hatten sich die USA in der Deklaration von Teheran vom 1. Dezember 1943 mit für Irans Unabhängigkeit und territoriale Integrität verbürgt.⁷ Bei der hier verfolgten Linie des „positiven Gleichgewichts“ stand insbesondere der Gleichklang im Demokratieansatz und -denken obenan. Die im Lager der Monarchisten gepflegte Praxis, amerikanisches Wohlwollen mit Abtretung von Souveränitätsrechten und Vergabe von Konzessionen zu honorieren, stieß allerdings auf wenig Gegenliebe, weil gerade das vermieden werden sollte, um generell das ausländische Interesse an Iran zurückzuschrauben und dem Land so größere Handlungsfreiheit zu verschaffen.⁸

Zum Eklat kam es am 2. Dezember 1944, als das Parlament in Teheran ein Gesetz verabschiedete, das es der Regierung und anderen „Staatsdienern“ bis zum Ende des Krieges schlechtweg untersagte, Konzessionen an Ausländer zu vergeben ohne vorherige Debatte und Billigung im Parlament.⁹ Vorausgegangen waren dem „Anfragen“ von britischen und amerikanischen Erdölkonzernen (Royal Dutch Shell, Socony-Vacuum und Sinclair Oil) nach Konzessionen im Südosten des Landes.¹⁰ Auch aus Moskau wurden umgehend Wünsche nach einer Erdölkonzession im Norden Irans angemeldet. Anfang September 1944 erschien eigens der stellvertretende sowjetische Außenminister Sergej Kaftaradze in Teheran, um dem Nachdruck zu verleihen. Im Gespräch mit Pre-

6 H. Arfa, *Under five shahs*, Edinburgh 1964, S. 325.

7 R. Pfau, *Containment in Iran, 1946: The shift to an active policy*. In: *Diplomatic history*, Fall 1977, S. 359.

8 E. Abrahamian, *Factionalism in Iran: Political groups in the 14th parliament (1944–46)*. In: *Middle Eastern Studies*, 14 (January 1978) 1, S. 36.

9 H. Katouzian, *Musaddiq and the struggle for power in Iran*, London 1990, S. 57.

10 *The Middle East. A political and economic survey*, London 1954, S. 383.

mierminister Sa'id legte er sogar noch nach und forderte Nordiran gleich ganz als Sicherheitszone.¹¹ Das Einschwenken großer Teile der im September 1941 gegründeten Tudeh-Partei auf diesen Kurs und die unter sowjetischer Obhut aufwallenden Autonomiebestrebungen in Iranisch-Aserbaidshan und Iranisch-Kurdistan gaben dem noch zusätzlich einen bitteren Beigeschmack.

Ob nun mit demonstrativen Drohgebärden untersetzt oder als „großzügiges“ Entgegenkommen ausgewiesen, Briten, Sowjets und Amerikanern versuchten gleichermaßen, ungeachtet aller wohlklingenden Worte, aus der Schwäche Irans Kapital zu schlagen und beim ins Auge gefassten Ausverkauf einen „guten Schnitt“ zu machen. Wie ohnmächtig das iranische Staatswesen angesichts dessen auch gewirkt haben mochte, hinter den Kulissen kam es zum verstärkten patriotischen Schluß zwischen Teilen der Monarchisten, Nationalisten und Islamisten. Konservatismus, Pragmatismus und Radikalisierung nahmen im Zuge dessen spürbar zu. In allen drei politischen Hauptströmungen drängten mit General Ali Razmara (Monarchisten), Dr. Mohammad Mossadegh (Nationalisten) und Ayatollah Seyyid Abol Qassem Kashani (Islamisten) zudem charismatische Führungspersönlichkeiten an die Spitze, die gegen staatlichen Zerfall, Sezessionismus und nationalen Ausverkauf, wenn auch mit unterschiedlichen Prioritäten, massiv Front zu machen gedachten und sich vom Ausland aus nicht ohne weiteres vereinnahmen, geschweige denn steuern ließen.

Marsch in den Kalten Krieg

Dass die letzten sowjetischen Truppen Anfang Mai 1946 endlich nach langem Hin und Her vollständig aus Iran abzogen, wird gerade im Westen den USA nach wie vor als besonderes Verdienst angerechnet. In der Tat hatten Amerikaner bei verschiedenen Gelegenheiten im interalliierten Dialog den sowjetischen Truppenabzug aus Iran angemahnt. Auch hatten sie Iran ermutigt, wenn nicht gar gedrängt, in Reaktion auf sowjetische Hinhaltemanöver am 19. Januar 1946 während der ersten UNO-Vollversammlung Klage gegen die Sowjetunion zu führen und damit die „Iranische Krise“ gleichsam als Auftaktkrise zum Marsch in den Kalten Krieg richtig losgetreten. Präsident Truman wähte sogar, über Iran mit der Sowjetunion in Krieg geraten zu können.¹² Später behauptete er noch, Stalin regelrecht ein Ultimatum für den Truppenabzug aus Iran

11 Katouzian (Anm. 9), S. 58.

12 G. Mai, Containment und militärische Intervention. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 32 (1984) 4, S. 495.

gestellt zu haben.¹³ Schah Mohammad Reza Pahlawi stieß ins gleiche Horn. In Verbindung mit den Ereignissen in und um Iranisch-Aserbaidshan betonte er, dass die US-Regierung zum ersten Mal in der Geschichte „die Rolle des Führers im Mittleren Osten“ übernommen hätte.¹⁴

Aber wer hat hier wen vor wessen Karren zu spannen verstanden? Den eigentlichen Verhandlungsmarathon mit der Sowjetführung absolvierte die iranische Seite. Wie man die iranische Verhandlungsführung letztlich auch bewerten mag, der erwähnte patriotische Schulterchluss zeigte Wirkung und wand den Sowjets längst sicher geglaubte „Errungenschaften“ wieder aus den Händen.¹⁵ Selbst General Ali Razmara, der mit reichlich amerikanischer Fürsprache Ende Juni 1950 ins Amt des Premierministers gehievt wurde, obwohl man ihm nachsagte, in die Fußstapfen Reza Schahs treten zu wollen und ein gewisses Faible ausgerechnet für die als kommunistisch und prosowjetisch eingestufte Tudeh-Partei zu haben, meinte noch 1951, dass die Amerikaner im Grunde keine klare Politik hätten und folglich „Arbeitsbeziehungen“ mit Briten und Sowjets unerlässlich wären.¹⁶

Irans Erdölreichtum ließ bei amerikanischen Regierungs- und Militärstellen geradezu bizarre Blümenträume reifen. Im Oktober 1946 konstatierten die Vereinigten Stabschefs auf Anfrage aus dem State Department, dass Iran in einem möglichen sowjetisch-amerikanischen Krieg bedeutsam wäre; zum einen als Verteidigungsbarriere und zum anderen als Aufmarschbasis für Attacken gen Norden, wobei noch iranisches Erdöl für die „Gegenoffensive“ immens wichtig sei. Aber mit wem und womit sollte das Ganze erfolgen? Nach Meinung der Vereinigten Stabschefs sollte der iranischen Armee, die bei der Abwehr der alliierten Invasion kläglich versagt hatte und den erlittenen Schock noch verdauen musste, „nichtaggressive“ militärische Ausrüstung, sprich leichtes Kriegsggerät, geliefert werden, das wohl taugen mochte, um gegen die eigene Bevölkerung vorzugehen, aber gewiss nicht, um sowjetische Truppen aufzuhalten.¹⁷

13 K. A. Samii, Truman against Stalin in Iran: A tale of three messages. In: Middle Eastern Studies, 23 (January 1987) 1, S. 95.

14 E. A. Orlov, Vnešnjaia politika Irana posle vtoroj miravoj vojny (Die iranische Außenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg), Moskau 1975, S. 30.

15 Im Dezember 1946 wurde den bis dahin autonomen Republiken Aserbaidshan und Kurdistan mit militärischen Mitteln ein Ende bereitet, und am 22. Oktober 1947 lehnte das Parlament in Teheran mit 102 gegen zwei Stimmen auch die zuvor ausgehandelte gemischte sowjetisch-iranische Erdölgesellschaft ab.

16 M. R. Ghods, The rise and fall of General Razmara. In: Middle Eastern Studies, 29 (January 1993) 1, S. 30.

17 R. Pfau (Anm. 7), S. 365.

Dass das amerikanische Mitmischen in Irans Erdölbelangen am Ende auf eine Stärkung der Position der Anglo-Iranian Oil Company (AIOC) hinauslaufen würde, war den Nationalisten um Dr. Mossadegh schon zum Ausgang des Krieges aufgegangen.¹⁸ Die amerikanische Standard Oil of New Jersey und die Socony-Vacuum Oil Company schlossen 1947 sogar noch Öllieferverträge mit der AIOC mit einer Laufzeit von 20 Jahren, obwohl die Zeichen der Zeit eher zur Vorsicht rieten, zumal schon vor der offiziellen Gründung der „Nationalen Front“ am 23. Oktober 1949 von einem breiten Spektrum an politischen Kräften in Iran der AIOC als Relikt des britischen Kolonialismus unverhohlen der Kampf angesagt worden war und selbst einige in der Region ansässige amerikanische Erdölkonzerne, allen voran die in Saudi-Arabien agierende Arabian American Oil Company (ARAMCO), danach trachteten, den lange übermächtigen britischen Konkurrenten endlich loszuwerden.¹⁹

Die Anfang Mai 1951 von der Regierung Mossadegh verfügte Nationalisierung der AIOC bildete so gesehen nur eine Konsequenz, zu der Amerikaner in der einen wie anderen Richtung einiges beigesteuert hatten. Wie zögerlich, unentschlossen und teils sogar moderat die amerikanische Politik hinsichtlich des Disputs mit AIOC nach außen zeitweilig auch erschienen sein mochte, auf der strategischen Entscheidungsebene war die Parteinahme für den britischen Bundesgenossen längst erfolgt. Schon Ende der 40er Jahre war der amerikanische Geheimdienst im Zuge verdeckter Aktionen auf iranischem Boden ziemlich aktiv geworden, und nach der Nationalisierung der AIOC fühlte man sich in Washington geradewegs gefordert, Iran, koste es, was es wolle, im Lager des Westens zu halten und für Stabilität auf dem internationalen Ölmarkt zu sorgen.²⁰

Um dies zu erreichen, gab es zweifellos mehrere Optionen, nicht nur die des Staatsstreichs. Für letztere fiel aber dann die Entscheidung. Der unter amerikanischer Federführung arrangierte Sturz der Regierung Mossadegh am 19. August 1953 markierte nicht nur eine Zäsur, an der die endgültige Staffelstabübergabe in punkto Vorherrschaft in Iran von britischen in amerikanische Hände abgelesen werden kann. Er war auch eine Schurkerei sondergleichen, da damit gerade jene demokratischen

18 Arfa (Anm. 6), S. 358.

19 Schließlich bot die ARAMCO Irans Nationalisten und Islamisten beim Aufbegehren gegen die AIOC regelrecht Schützenhilfe, als sie Ende Dezember 1950 mit der Regierung in Riad eine Gewinnteilung auf der Basis 50 % zu 50 % vereinbarte, wodurch die Ergebnisse langwieriger iranischer Verhandlungen um ein Zusatzabkommen als längst überholt angesehen werden mussten und die Stimmung in der iranischen Bevölkerung gegen die AIOC noch mehr Auftrieb bekam.

20 M.J. Gasiorowski, The 1953 Coup d'Etat in Iran. In: *International Journal of Middle Eastern Studies*, 19 (August 1987) 3, S. 267 ff.

Kräfte im Land, die in vielem mit den von den USA gepriesenen (Demokratie-)Wertvorstellungen konform gingen, verstärkter Verfolgung und Unterdrückung ausgesetzt wurden. Sie wurden gleichsam geopfert und das Land zur strategischen Vorteilssicherung mit Brachialgewalt in den Kalten Krieg getaucht, offenbar noch dazu in der irrigen Annahme, mit Kräften des Gestern im Schlepptau relativ problemlos ins Morgen steuern zu können. Eine Handlungsweise, die letztendlich nicht nur dem amerikanischen Steuerzahler teuer zu stehen kam, sondern sich auch noch, wenngleich etliche Jahre später, mit der „Islamischen Revolution“ bitter rächen sollte und heutzutage im schier nicht endenden Gezeter amerikanischer Politiker und Militärs über den „Schurkenstaat“ Iran geradezu jämmerlich nachhallt.

Deutsche Trümmerfelder und Teilstaaten

Hatten die amerikanischen Nachkriegsplanungen bezüglich Irans auch vieles zu wünschen übrig gelassen und glichen streckenweise eher einem Stochern mit Stangen im Nebel, im Hinblick auf die Nachkriegsgestaltung im besetzten Deutschland war das mitnichten der Fall, zumal sich Amerikaner hier angesichts des Scheitern der Versailler Nachkriegsordnung gleich direkt gefordert sahen und keinerlei Neigung verspürten, anderen (Sowjets, Briten und Franzosen), die durch politisches und militärisches Versagen zeitweilig arg in Bedrängnis geraten waren, den Vortritt zu lassen. Es gab reichlich geistige Vorarbeiten, die der „Racheplaner“ um Finanzminister Henry Morgenthau inbegriffen, und ebenso entsprechende Fachkräfte (Civil Affairs Division), die Gewähr dafür zu bieten schienen, die anvisierten Primärziele (Entnazifizierung, Demokratisierung, Entmilitarisierung und Dekartellierung) auch zu erreichen.²¹

Bereits am 16. März 1945 ernannte Präsident Roosevelt General Lucius D. Clay zum Stellvertretenden Militärgouverneur, der quasi zum amerikanischen Sachwalter in Deutschland aufstieg. Wenige Tage nach der deutschen Kapitulation, am 15. Mai 1945 äußerte er auf einer Pressekonzferenz, dass die amerikanischen Truppen wahrscheinlich lange in Deutschland bleiben werden und ihre Politik in dieser Zeit streng und realistisch sein würde.²² Am 15. Juni 1945 bekam das War Department von Präsident Truman die alleinige Zuständigkeit für die Besatzung ü-

21 W. Benz (Hrsg.), Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55, Berlin 1999, S. 33 ff.

22 M. Overesch, Das besetzte Deutschland 1945–1947. Eine Tageschronik der Politik, Wirtschaft, Kultur, Augsburg 1992, S. 23.

bertragen, während das State Department für rein außenpolitische Fragen in der Verantwortung blieb.²³

Das Sagen hatten somit vor allem Militärs, die in erster Linie aber Befehlen gehorchen mussten und daher nur wenig Spielraum für Eigeninitiative besaßen. Aber gerade die war zunehmend gefragt, um die Kriegsschäden zu beseitigen und einen möglichst schnellen Übergang zu einem halbwegs normalen Leben zu erreichen. Über sieben Millionen Deutsche waren durch den Zweiten Weltkrieg umgekommen. Schätzungen zufolge gab es in Deutschland bis zu zweieinhalb Millionen Kriegerwitwen, ebenso viel Schwerversehrtete und bis zu sechs Millionen Bombengeschädigte. Durch die Flugzeugeinsätze der Alliierten waren fast ein Viertel des gesamten Wohnraums vollständig zerstört worden.²⁴ Außerdem befanden sich auf deutschem Boden über zehn Millionen Flüchtlinge, so genannte *displaced persons*.²⁵

Erschwerend kam hinzu, dass mit der Demobilisierung viele Fachkräfte in die USA zurückkehrten und durch weniger qualifiziertes Personal ersetzt wurden, was zeitweilig zu einem beachtlichen Chaos in der Verwaltung führte und die Übertragung von Aufgaben an die deutsche Verwaltung zwingender denn je machte, aber mitnichten einheitlich ablaufen ließ, da sich der „Rückgriff“ auf Deutsche alles andere als einfach gestaltete. Abgesehen von machtbesessenen Emporkömmlingen gab es hinreichend Fachleute aus Politik und Wirtschaft, die bezüglich Wissen und Können amerikanischen Experten in nichts nachstanden und dazu noch als „Heimspieler“ viele Vorteile auf ihrer Seite wussten. Ein Großteil davon hatte aber eine „braune Vergangenheit“ und musste sich der Entnazifizierung unterziehen, die indes mit dem am 5. März 1946 von der Militärregierung verkündeten „Gesetz zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus“ an deutsche Stellen übergang und bald zur „Persilschein“-Vergabe verkam.²⁶

23 Nach amerikanischer Auslegung vom Mai 1945 sollte jeder Besatzungszonen-Kommandeur bei fehlender Einigung im Alliierten Kontrollrat, der in der Phase des deutschen Nichtstaatseins das oberste Regierungs-, Kontroll-, Koordinations- und Verwaltungsorgan der vier Besatzungsmächte auf deutschem Boden verkörperte, das Recht zu uni- oder bilateralem Vorgehen haben, was auf einen Dualismus zwischen Zonenverwaltung und Kontrollrat hinauslief und gerade sowjetischen Denkweisen anfangs sichtlich entgegenkam, zumal sich das als Rechtfertigung für Alleingänge jeder Zeit in die Waagschale legen ließ. Vgl. Benz (Anm. 21), S. 229.

24 Overesch (Anm. 2), S. 14

25 Ebenda, S. 22.

26 In der US-Besatzungszone wurden bis 1948 fast 13 Mio. Personen überprüft. 3,6 Mio. davon waren von der Entnazifizierung betroffen. Vgl. Benz (Am. 21), S. 40.

Auch die Dekartellierung blieb bald hinter den wirtschaftspolitischen Zielen der Besatzung zurück, vor allem aus Furcht vor Sozialisierung, die mit dem Schreckgespenst der Enteignung einherging. Einzig der I.G. Farben-Konzern wurde zerschlagen und die Dezentralisierung der Großbanken durchgesetzt. Ende Juli 1949 konstatierte die Zeitschrift *U.S. News & World Report* schließlich:

„Die Kontrolle der Ruhr liegt jetzt in den Händen von ein paar hundert Männern, wie während des Krieges und vor dem Krieg. Die meisten der gegenwärtigen Bosse der Ruhr sind Männer, die den Gipfel ihrer Macht während der Hitler-Ära erreichten ... Die Wiedererholung Deutschlands soll sich unter amerikanischer Anleitung durch solche Leute vollziehen.“²⁷

Im Unterschied zu Sowjets, Briten und Franzosen, die beim Eintreiben von Reparationen sehr auf materielle Werte (Produktionsstätten und Produktionsentnahmen) fixiert waren, richtete sich das amerikanische Interesse mehr auf die Aneignung von geistigem Eigentum (Konstruktionspläne, Forschungsergebnisse, Prototypen etc.), wodurch sich immerhin ein Gewinn von gut fünf Milliarden Dollar erzielen ließ.²⁸

Der von Iran über die Türkei und Südosteuropa herüberziehende Wind des Kalten Krieges schlug Konrad Adenauer (CDU) und Kurt Schumacher (SPD) kräftig entgegen. Bereits am 5. Oktober 1945 gab Adenauer britischen und amerikanischen Pressevertretern gegenüber zu verstehen, dass es das Beste wäre, falls die Sowjets nicht mitspielten, sofort aus den drei westlichen Besatzungszonen einen Bundesstaat zu bilden. Tags darauf wurde er von seiner Funktion als Oberbürgermeister von Köln, zu der ihm Amerikaner verholfen hatten, auf britische Order hin entbunden, weil er seiner Pflicht gegenüber der Bevölkerung nicht nachgekommen wäre.²⁹ Schumacher erdreistete sich sogar in der ersten

27 H. W. Kahn, *Der Kalte Krieg, Spaltung und Wahn der Stärke 1945–1955*, Bd. 1, Köln 1986, S. 174.

28 Völlig zum Erliegen kam der amerikanische reparationspolitische Eifer mit dem Anlaufen des wirtschaftlichen Wiederaufbauprogramms im Zuge des Marshallplans (European Recovery Program). Auf Grund der offenkundigen Unvereinbarkeit von Demontagen und Wiederaufbau wurde das Demontageprogramm in den Westzonen auf amerikanischem Druck hin Schritt für Schritt reduziert. Von den fast 1800 Betrieben vom Frühjahr 1946 stand im Herbst 1947 nur noch rund die Hälfte zur Debatte. Im Petersberger Abkommen vom November 1949 einigten sich die Westmächte mit der Bundesregierung schließlich auf 680. Tatsächlich demontiert wurden bis 1951 667 Fabriken, die hauptsächlich der Rüstungsproduktion gedient hatten. Vgl. Benz (Anm. 21), S. 165.

29 Kahn (Anm. 27), S. 133.

Nachkriegszeit, General Clay dahingehend zu belehren, dass die Sowjets als Feinde anzusehen seien.³⁰

Trotz solcher Anwendungen bei deutschen Politikern, die im Aufwind des Kalten Krieges agierten, war die deutsche Teilung nicht allein das Werk der Deutschen. Wie auch, ohne eigenen Staat? Vielmehr mussten sie notgedrungen die Alliierten walten lassen, was sich nach der Verkündung der Truman-Doktrin und des Marshall-Planes in der Berlin-Krise 1948/49 zeigte. Bei aller Wertschätzung für das amerikanische Engagement gerade zur Luftbrücke, die Rechnung für den alliierten Machtpoker hatten auch Deutsche in Ost und West zu zahlen. Inwieweit der vorausseilende Gehorsam deutscher Politiker zum Eintritt in den Kalten Krieg bei amerikanischen Stellen auch auf Gegenliebe stieß, die damit oft verknüpfte Vorliebe zum Säbelrasseln wurde keineswegs geteilt. Ernst Reuters Anregung, den angeblichen Bluff der Sowjets mit einer militärischen Einlage mittels Verlegung einer kleinen bewaffneten Einheit nach Helmstedt auffliegen zu lassen, konnte General Clay wohl etwas abgewinnen, in Washington fand sie jedoch keinen Zuspruch.³¹ Wie auch? Gegen die 6.500 in Berlin und knapp 60.000 in Westeuropa stationierten amerikanischen Soldaten konnte Stalin in Reichweite Berlins eine Streitmacht von bald 400.000 Mann aufbieten.³²

Im Zuge von Truman-Doktrin und Marshall-Plan wurde das zuvor verfolgte Ansinnen, Deutschland „einzudämmen“, grundlegend modifiziert, und zwar dahingehend, nunmehr Westdeutschland zur „Eindämmung“ der Sowjetunion fest in das westeuropäisch-atlantische Wertesystem zu integrieren. Die „Berlin-Krise“ bot so gesehen noch eine treffliche Gelegenheit, das Bild der auf deutschem Boden stationierten amerikanischen Soldaten zu wandeln: weg vom Besatzer hin zum Beschützer und gleichsam Garant, dass die „deutsche Frage“ trotz Spaltung weiter offen blieb. Die Gründung der DDR galt dementsprechend als „ungesetzlich“, und Adenauer zögerte nicht lange, um daraus den Alleinvertragsanspruch der Bundesregierung herzuleiten.³³

30 Ebenda, S. 141.

31 Ebenda, S. 169f.

32 G. Dallas, *Poisoned peace 1945 – The war that never ended*, London 2005, S. 600.

33 Adenauer erklärte am 21. Oktober 1949 vor dem Bundestag: „In der Sowjetzone gibt es keinen freien Willen der deutschen Bevölkerung ... Die Bundesrepublik dagegen stützt sich auf die Anerkennung durch den frei bekundeten Willen von rund 23 Millionen stimmberechtigten Deutschen. Die Bundesrepublik Deutschland ist somit bis zur Erreichung der deutschen Einheit die alleinige legitimierte staatliche Organisation des deutschen Volkes. Sie fühlt sich verantwortlich für das Schicksal der 18 Millionen Deutschen, die in der Ostzone leben ... Die Bundesrepublik Deutschland ist allein befugt, für das deutsche Volk zu sprechen.“ Vgl. Kahn (Anm. 27), S. 176.

Deutsch-iranische Beziehungen im Aufwind der US-Mittelostpolitik

Die britisch-sowjetische Invasion Irans Ende August 1941 mit anschließender Verschleppung auf iranischem Boden weilender deutscher Bürger in britische und sowjetische Gefangenschaft hatte für ein ziemlich abruptes Ende in den deutsch-iranischen Beziehungen gesorgt. Den Tiefpunkt setzte dann Irans Kriegserklärung am 9. September 1943. Bedingt durch Irans eigene Probleme mit den alliierten Besatzern und Deutschlands zwischenzeitliches Nichtstaatsein kam die Normalisierung der deutsch-iranischen Beziehungen nur langsam voran. Allerdings wurden Vertreter Irans nach dem Kriegsende beizeiten bei alliierten Stellen im besetzten Deutschland vorstellig, um auf deutschem Boden „aufgegriffene“ Iraner zu repatriieren³⁴, irisches Eigentum vor alliierterem oder sonstigem Zugriff zu bewahren und Kontakt zu deutschen Firmen zur Handelstätigkeit zu bekommen. Schließlich war bis zur alliierten Invasion Deutschland Irans größter Handelspartner gewesen. Irans Vertretung beim Alliierten Kontrollrat nahm von April 1946 bis August 1951 Abdollah Entezam wahr, der sein Domizil in Stuttgart aufgeschlagen hatte.³⁵

Eine Vorreiterrolle zur Neubelebung in den deutsch-iranischen Beziehungen übernahmen Vertreter der Presse und der Wirtschaft. So reiste Dr. Markus Timmler von der *Frankfurter Neuen Presse* auf Einladung einer schwedischen Luftfahrtlinie im November 1950 nach Teheran, wo er auch mit Premierminister Ali Razmara und Außenminister Mohsen Raiss zusammentraf und die Frage nach Errichtung eines deutschen Generalkonsulats aufwarf.³⁶ Die aufkeimende Hoffnung, eine deutsche Delegation zur Hochzeit des Schahs mit Soraya Esfandiary entsenden zu können, zerschlug sich allerdings schon Anfang Dezember 1950 ob der kaiserlichen Entscheidung, nur im Familienkreis feiern zu wollen.³⁷

Mit der Berufung von Khalil Esfandiary, dem Vater Sorayas, zum neuen Chef der iranischen Gesandtschaft auf deutschem Boden (ab Au-

34 Aus Deutschland zurückgekehrten Iraner gründeten 1948 in Teheran unter Dr. Mukri eine Partei mit Namen „Sumka“, die eine frappierende Ähnlichkeit mit der NSDAP gehabt hätte, sich extrem antikommunistisch gab und bis 1951 verschiedene nationale Kräfte in sich vereinigen konnte. Sie unterhielt Kontakte zum Hof des Schahs, zu Mossadegh-Gegnern im Parlament und hochrangigen Militärs. Sogar der Name von General Zahedi, der Mossadegh von der Macht putschte, taucht in Verbindung damit auf. Vgl. H. Ansari, *Deutsch-iranische Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg* (Diss.), München 1967, S. 34 f.

35 Ebenda, S. 41.

36 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PAAA), Bestand B11, 248, Fiche 1, S. 002.

37 Ebenda, S. 004.

gust 1951), bekam das deutsch-iranische Verhältnis dennoch neuen Auftrieb. Einen Monat zuvor, am 11. Juli 1951, hatte der iranische Generalkonsul Abdol Hussein Meftah in Holzminden einen Vortrag vor dem „Arbeitskreis für Gegenwartsfragen“ gehalten und dabei die Nationalisierung der iranischen Erdölindustrie als „das beste Mittel auch zur Ausgestaltung guter Beziehungen zwischen Iran und Deutschland“ bezeichnet.

„Denn abgesehen davon, daß Deutschland ein Markt für unsere Ölproduktion sein wird, so benötigen wir auch die deutschen Sachverständigen und Ingenieure auf diesem Gebiet.“³⁸

Inwieweit man in deutschen Wirtschaftskreisen auch mit iranischen Öllieferungen geliebäugelt haben mochte, Briten und Amerikanern wollte man hier beim sich zuspitzenden Disput um die AIOC gewiss nicht ins Gehege kommen. Folglich wurden deutsche Fachleute auch prompt von Regierungsstellen davor gewarnt, sich für die Erdölgewinnung und -verarbeitung in Iran anwerben zu lassen.³⁹ Einige Deutsche folgten dennoch dem iranischen Ruf nach Sachverständigen. Der wohl prominenteste von ihnen dürfte Dr. Hjalmar Schacht, ehemals Hitlers führender Finanzbeschaffer, gewesen sein, den die Regierung Mossadegh 1952 nach Teheran einlud, um sich angesichts zunehmender finanzieller Engpässe beraten zu lassen.⁴⁰ Bezeichnenderweise ging dann auch der Auftrag zur Errichtung einer bundesdeutschen Gesandtschaft in Teheran im Juli 1953 an Dr. Lutz Gielhammer; an einen Finanzsachverständigen, der von 1929 bis 1938 am Aufbau der iranischen Nationalbank mitgewirkt hatte und Anfang Sommer 1953 eigens dafür vom Bundesfinanzministerium ins Auswärtige Amt gewechselt war.⁴¹

Erst am 24. Oktober 1951 hatte man auf iranischer Seite den Kriegszustand mit Deutschland für beendet erklärt.⁴² Ein Jahr zuvor, am 2. Oktober 1950, war aber schon ein Abkommen über den Warenverkehr zwischen der BRD und Iran paraphiert worden, und Ende Oktober 1951 billigte der Senat in Teheran das geplante Clearingabkommen, wonach jeder Vertragspartner auf der Basis des Clearings Waren in Höhe von 26 Mio. US-Dollar exportieren konnte. Allerdings sollten keine deutschen Luxusgüter eingeführt werden.⁴³ Die offizielle Anerkennung der Bundesrepublik durch Iran erfolgte am 26. Februar 1952, und am 16. Juni

38 Ebenda, S. 010.

39 PAAA, Bestand B11, 113, Fiche 1, S. 005.

40 Als Präsident der Reichsbank war Dr. Hjalmar Schacht schon 1936 einer iranischen Einladung gefolgt. Vgl. Ansari (Anm. 34), S. 35.

41 Ebenda, S. 36.

42 PAAA, Bestand B11, 113, Fiche 1, S. 005.

43 PAAA, Bestand B11, 248, Fiche 1, S. 011.

1952 nahm die iranische Gesandtschaft in der Bundesrepublik mit Khalil Esfandiary an der Spitze ihre Arbeit auf.⁴⁴ Dagegen konnte die Gesandtschaft der BRD in Teheran erst am 1. Oktober 1953 richtig mit der Arbeit beginnen. Vor allem vermögensrechtliche Fragen gab es im Vorfeld noch zu klären, da nach der alliierten Invasion das gesamte deutsche Vermögen in Iran beschlagnahmt worden war und Veruntreuungen von erheblichem Ausmaß stattgefunden hatten.⁴⁵

An alte Kontakte anzuknüpfen, erwies sich überhaupt als probates Mittel, um der Entwicklung in den bilateralen Beziehungen neuen Schwung zu geben, auch wenn hier und da infolge von Personalentscheidungen Rückschläge hingenommen werden mussten. Verkehrsminister Gholam Ali Meykadeh, der sich deutschen Lieferangeboten gegenüber sehr aufgeschlossen gezeigt hatte und zum Vorstand der deutsch-iranischen Kulturvereinigung gehörte, fiel Ende Dezember 1953 bei General Zahedi und seinem Regime in Ungnade.⁴⁶ Auch der plötzliche Tod des Leiters der Siebenjahrplan-Behörde Panahi schlug hier negativ zu Buche, zumal noch den ins Auge gefassten Nachfolgern eine probritische Haltung nachgesagt wurde, was eine Zurückstellung deutscher Investitionspläne erwarten ließ.⁴⁷ In Gestalt von General Zahedi als Regierungschef hatte man nach dem Sturz der Regierung Mossadegh allerdings einen Ansprechpartner, der als deutschfreundlich gelten konnte und darüber hinaus Gewähr für ideologischen Gleichklang im Kalten Krieg bot. Bei einer Unterredung mit General Zahedi am 8. Oktober 1953 beglückwünschte Botschafter Gielhammer ihn dann auch dazu, das Land „vor dem Zugriff des Kommunismus“ gerettet zu haben. General Zahedi bekundete Interesse an einer Erweiterung des deutsch-iranischen Handels. Geprüft wurden iranische Bestellungen im Wert von 60 Millionen Dollar, die teils aus Mitteln des US-Punkt-4-Programms⁴⁸ bezahlt

44 Botschafter Esfandiary, geboren 1901, der Vater Sorayas, hatte 1923 als Privatmann in Berlin Handelswissenschaften studiert. 1936 war er als Schirmherr der deutsch-iranischen Gewerbeschule in Esfahan tätig gewesen und hatte die Entsendung zahlreicher iranischer Studenten nach Deutschland veranlasst. PAAA, Bestand B11, 113, Fiche 1. S. 007.

45 Ebenda, S. 005.

46 Ebenda, S. 045 und 047.

47 PAAA, Bestand B11, 113, Fiche 00113-2, S. 99.

48 Verkündet worden war das Punkt-4-Programm von Präsident Truman am 20. Januar 1949 mit der Maßgabe, es unterentwickelten Ländern zu ermöglichen, amerikanische Fortschritte auf technischem und wissenschaftlichem Gebiet für eigene Zwecke zu nutzen. Außenminister Acheson schränkte allerdings ein, dass es hierbei nicht in erster Linie um den Aufbau von Industrieanlagen in Entwicklungsländern gehe, sondern um den Erhalt der eigenen Sicherheit. Iran war das erste Land in Nah- und Mittelost, das in den Genuss der aus diesem Programm auch wenn nicht gerade üppig sprudelnden Finanzmitteln kam. Vgl. N. Bahman,

werden sollten. Ihm zufolge hätte die Regierung Mossadegh dem Land eine Staatsschuld von 17,7 Milliarden Rial (2,3 Milliarden Mark) hinterlassen. Ferner erwähnte er noch gleichsam als Fingerzeig, während seiner Gefangenschaft bei den Briten mit einem deutschen Geologen in Kontakt gekommen zu sein, der ihm interessante Vorschläge zur wirtschaftlichen Erschließung Irans unterbreitet hätte.⁴⁹

Dass unter dem Zahedi-Regime Menschenrechtsverletzungen größeren Ausmaßes vonstatten gingen, blieb auch in Bonn nicht verborgen. Anfang Januar 1954 gelangte ein Protestschreiben gegen das Zahedi-Regime aus Iran sogar an den Bundespräsidenten, das vom Auswärtigen Amt aber als „Pamphlet“ von Anhängern der Tudeh-Partei gewertet und folglich als solches abgetan wurde.⁵⁰ Mitte März 1954 erhielt man auch eine Kopie von einem Beschwerdebrief, den Ayatollah Kashani an den UNO-Generalsekretär gesandt hatte, in dem auch stand, dass eine Handvoll Banditen, Verbrecher und ausländische Agenten unter dem Schutz der Bajonette über das iranische Volk regieren würde.⁵¹ Offizielle Proteste gab es nicht. Dafür hielt man offenbar die Amerikaner für zuständig.

Frühzeitig erfuhr man in Bonn auch, dass die Bemühungen, Iran in ein prowestliches Bündnis einzubinden, trotz aller offiziellen Dementis aus Teheran, schon ziemlich weit gediehen waren. Anfang März 1954 ließ Irans Botschafter in Rom in einem Gespräch durchblicken, dass die Regierung in Teheran in dieser Angelegenheit bereits ernste Verhandlungen mit der Türkei und Pakistan führen würde.⁵²

Allein schon ob des langen diplomatischen Tauziehens um den sowjetischen Truppenabzug aus den iranischen Nordprovinzen stieß die von der Bundesregierung vermittelte Sicht zur deutschen Teilung bei vielen Iranern nicht von ungefähr auf viel Verständnis. Entsprechend kühl und abweisend reagierten Iraner auf diplomatische Vorstöße der DDR. Wenn es überhaupt einmal zu Kontakten mit offiziellen Abgesandten Irans kam, dann hörten Ostberlins Vertreter meist gleich die Bonner Sichtweise. Motto: die deutsche Teilung sei „unnatürlich“.⁵³ Außerdem nahm die DDR etliche Iraner auf, die nach dem Sturz der Regierung Mossadegh aus dem Land hatten fliehen müssen, um drohender Verfolgung zu entgehen. Das hielt Teheran zusätzlich dazu an, auf Distanz zu bleiben, da

Persien, Modell eines Entwicklungslandes oder die Diktatur der Freien Welt, Reinbek bei Hamburg 1967, S. 31 ff.

49 PAAA, Bestand B11, 248, Fiche 1, S. 051-052.

50 PAAA, Bestand B11, 113, Fiche 1, S. 050 und 066.

51 Ebenda, S. 079.

52 Ebenda, S. 072-073.

53 PAAA, MfAA A 11.351.

hier, anders als bei der BRD, keine Kooperation bei der Unterbindung „umstürzlerische Umtriebe“ zu erwarten war.

Des einen Leid, des anderen Freud 1955

Schlimm genug, dass sich Präsident Truman am 23. September 1949 gezwungen sah, bekannt zugeben, dass die Sowjetunion Atommacht geworden war, im Frühjahr 1955 musste man sich in Washington auch endgültig von Vorstellung verabschieden, exklusive Sicherheit haben zu können und unverwundbar zu sein. Dafür sorgte eine Luftwaffenschau im Mai 1955 nahe Moskau, bei der viele Langstreckenbomber über die Stadt hinweg donnerten. Die „Bomberlücke“ ging um.⁵⁴ Zwei Jahre erlitten den Westen der Sputnik-Schock und das Bewusstsein um eine Raketen-Lücke gegenüber dem Ostblock.

Am 5. Mai 1955 erlangte Bonn seine Teilsouveränität. Das Besatzungsstatut wurde aufgehoben, der so genannte Deutschlandvertrag trat in Kraft. Allerdings behielten sich die drei Westmächte alle Rechte in Bezug auf Berlin und „Deutschland als Ganzes“ vor, was die Rücknahme der vollen Regierungsgewalt im Falle eines inneren oder äußeren Notstandes sowie alle notwendigen Maßnahmen zur Sicherheit ihrer vollzählig im Land verbleibenden Truppen einschloss.

Tags darauf trat der Vertrag zur Westeuropäischen Union in Kraft, und am 9. Mai 1955 wurde die Bundesrepublik in die NATO aufgenommen. Die Aufnahme der DDR in den Warschauer Pakt folgte nur wenige Tage später, am 14. Mai 1955. Vor dem Hintergrund der militär-technischen Entwicklung waren die Deutschen in Ost und West – bei aller beginnenden Wohlstandsentwicklung – damit zu den am meisten Betroffenen im Falle eines möglichen nuklearen Schlagabtauschs unter den Weltmächten aufgerückt. Iran trat dem Bagdad-Pakt offiziell am 3. November 1955 bei. Im Unterschied zu ihren deutschen Kollegen zeigten Irans führende Politiker, bei aller Anlehnung an das amerikanische globale Sicherheitsdenken, wenig Neigung, im Ringen gegen die Sowjetunion und den Ostblock eine Vorreiterrolle zu spielen. Sich propagandistisch in Szene setzen, um nach außen Verlässlichkeit im Ost-West-Konflikt zu bekunden, konnte man Teheran auch. Aber es fehlte dort – ungleich der Bundesrepublik – an einer boomenden Wirtschaft, die daraus über die Grenzen des eigenen Lagers hinweg Kapital schlug. Wie man mit solchem Selbstwertgefühl auftrumpfen konnte, zeigte die Reise Adenauers nach Moskau im September 1955.

Im Februar 1955 traf Schah Mohammad Reza Pahlawi erstmalig zu einem einwöchigen Staatsbesuch in der Bundesrepublik ein, um den bilateralen Beziehungen gerade in wirtschaftlicher Hinsicht Impulse zu

54 Kahn (Anm. 27), S. 293.

verleihen. Am 4. November 1954 war es bereits zur Unterzeichnung eines Vertrages über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit BRD-Iran gekommen. Außerdem kamen beide Regierungen überein, eine Reihe deutsch-iranischer Verträge der Vorkriegszeit, die nach der alliierten Invasion nichtig geworden waren, wieder zu beleben. Damit bestand eine vertragsrechtliche Basis, auf der die bilateralen Beziehungen neue Substanz gewinnen konnten.⁵⁵

Die iranische Zeitung *Tolou* hatte schon Ende Juli 1954 propagiert, dass das deutsche Volk für Iran ein Vorbild sein müsse, denn es hätte mit seiner Hände Arbeit nach dem Krieg die Achtung und Freundschaft aller Völker erworben.⁵⁶ Adenauers Gegenbesuch in Iran fand vom 28. März bis 2. April 1957 statt. Dies rief vor allem die Londoner und Pariser Presse auf den Plan, deren Blätter kommentierten, dass der Kanzler „politische Farblosigkeit“ benutzen würde, um in Gebieten, in denen bislang andere Privilegien besaßen, eine wirtschaftliche Großoffensive in Gang zu setzen.⁵⁷

Dies hatte sich schon bei Adenauers Moskau-Reise in Umrissen angedeutet. Hinter der „politischen Farblosigkeit“, die mit viel Säbelraseln im Ost-West-Konflikt einherging, war die unter US-Obhut kräftig genesene westdeutsche Wirtschaft drauf und dran, Brückenschläge zu vollführen und den Angelsachsen manche Schnippchen zu schlagen. Freilich reiften nicht alle Blümenträume, denn zwei Jahrzehnte nach Adenauers Besuch in Teheran nahm der Iran diplomatische Beziehungen zu Ostberlin auf. Seit 1. Januar 1973 residierte dort Botschafter Ferdinand Thun, der auch für Afghanistan zuständig war. Wie in Teheran die anfänglich gegenüber Ostberlin so abweisende Haltung weichen konnte, betrifft ein neues Kapitel der deutsch-iranischen Beziehungen im Kalten Krieg.

55 PAAA, MfAA C530/75, Fiche 3.

56 PAAA, Bestand B11, 113, Fiche 00113-2, S. 103.

57 Ansari (Anm. 34), S. 42.